

Berliner Echo

Informationen aus der Landesgruppe Sachsen-Anhalt der CDU/CSU Bundestagsfraktion - Ausgabe 09-2010



Die Mitglieder der CDU Landesgruppe Sachsen-Anhalt und Wirtschaftsminister Dr. Reiner Haseloff in der Landesvertretung Sachsen-Anhalt in Berlin

Sehr geehrte Damen und Herren, liebe Freunde,

die Bilanz der Landesregierung unter Prof. Wolfgang Böhmer kann sich sehen lassen. Viel haben die Regierungen unter seiner Leitung für Sachsen-Anhalt vorangebracht.

Das „frühe Aufstehen hat sich gelohnt“!

Darauf können wir stolz sein. Dafür möchten wir ihm herzlich danken.

Mit Wirtschaftsminister Dr. Haseloff als unserem Kandidaten für das Amt des Ministerpräsidenten haben wir einen ausgewiesenen Wirtschaftsfachmann an der Spitze der CDU, der maßgeblich an diesem Erfolg mitbeteiligt war und damit für Kontinuität einer berechenbaren, verlässlichen und vernünftigen am Bürger orientierten Politik steht.

Mit seinem Modell der Bürgerarbeit hat er ein innovatives Modell entworfen, Menschen wieder in Arbeit zu bringen, dass nun auch vom Bund übernommen wird.

Nicht nur damit hat sich Dr. Reiner Haseloff, über die Grenzen unseres Landes hinaus großes Ansehen und Anerkennung erworben.

Deshalb gilt es um so mehr für uns alle, Sorge dafür zu tragen, dass wir diese Erfolge positiv und geschlossen nach außen gegenüber unseren Bürgern vertreten. Wir alle wissen, in einer von Medien bestimmten öffentlichen Meinung, die lieber über Meinungsunterschiede und Meinungsverschiedenheiten, als über geschlossenes und positives Auftreten zu berichten weiß, ist dies nicht immer einfach.

Kämpfen wir daher gemeinsam mit Dr. Haseloff für eine bürgerliche Mehrheit und gegen rot-rote Experimente.

Gemeinsam schaffen wir das!

Ihr



Schwerpunkt der Arbeit im Innenausschuss

- Manfred Behrens MdB

Als Mitglied des Innenausschusses befasse ich mich mit Fragen der Innenpolitik. Gemeinsam mit meinem Kollegen Dr. Christoph Bergner (Parlamentarischer Staatssekretär im Innenministerium) und Günter Baumann bin ich Berichterstatter für den Bereich neue Länder und somit zuständig für die Themenbereiche Deutsche Einheit und Aufbau Ost.

Darüber hinaus bin ich innenpolitisch tätig zu den Themen Bundeswehr und Technisches Hilfswerk. Dabei handelt es sich um Themen, die viele Menschen bewegen und tagtäglich beschäftigen.

Beim Thema Bundeswehr geht es vordergründig darum, das Ansehen der Bundeswehr für die friedenssichernden und friedenserhaltenden Einsätze in der Bevölkerung zu stärken. Dazu wurde als Symbol die Gelbe Schleife zum anstecken etabliert. Sie dient als Zeichen der Solidarität und Verbundenheit mit der Truppe in Afghanistan und symbolisiert den Rückhalt der Bevölkerung mit den Soldaten. Die CDU/CSU steht hinter unseren Soldaten und ist bestrebt, die Motivation der Truppe steigern.

Beim Thema Technisches Hilfswerk setze ich mich für die Fortführung der nationalen und internationalen Einsätze des THWs ein. Im September diesen Jahres feierte das Technische Hilfswerk sein 60-jähriges Jubiläum, nachdem es am 12. September 1950 als Katastrophenschutzorganisation gegründet wurde. Die Entwicklung des THW in den vergangenen 60 Jahren verlief einzigartig. Inzwischen sind 860 hauptamtliche Helfer im Dienste des THW tätig und hinzu kommt eine weitere beeindruckende Zahl: 84.000 ehrenamtliche Helfer!

Die Leistungen und Einsätze des THW sind unumstritten und das THW genießt weltweit ein sehr hohes Ansehen. Ein Blick auf die selbst auferlegten Leitsätze zeigen deutlich, dass das THW auch weiterhin bestrebt ist humanitäre Aufgaben wahrzunehmen. Ich möchte mit dem THW auch in Zukunft in den Dialog treten und die wichtige und erfolgreiche Arbeit unterstützen.

In den Sommermonaten 2010 stand eine große Sommertour durch Sachsen-Anhalt auf dem Programm. Dabei habe ich gemeinsam mit den Kolleginnen und Kollegen aus dem Landtag (Gabriele Brakebusch, Holger Stahlknecht, Ralf Geisthardt, Detlef Radke und Markus Kurze) Gespräche mit Bürgerinnen und Bürgern geführt und politische Aufklärungsarbeit geleistet. Einige Termine wurden zusammen mit Dr. Reiner Haseloff (Minister für Wirtschaft und Arbeit) durchgeführt. Sachsen-Anhalts CDU geht mit Dr. Haseloff als Kandidat für die Nachfolge von Ministerpräsident Wolfgang Böhmer in die Landtagswahl 2011.

Daher haben wir die Sommertermine auch dafür genutzt, die Anregungen und Wünsche der Menschen auf zu nehmen, um die Wahlversprechen nach der Landtagswahl 2011 in die Realität umzusetzen.



Manfred Behrens und Markus Kurze MdB auf dem traditionellen Sommergrillen in Burg



CDU Landesvorsitzender Thomas Webel, Landtagskandidat Dietmar Krause und Manfred Behrens



Manfred Behrens, Heike Brehmer und Werner Vesterling, Präsident der Handwerkskammer MD

Impressum **Berliner Echo**

CDU- Landesgruppe Sachsen-Anhalt
im Deutschen Bundestag

Landesgruppenvorsitzende
Ulrich Petzold MdB (V.i.S.d.P)
Deutscher Bundestag
Platz der Republik 1
11011 Berlin

Tel: (0 30) 2 27 - 7 00 90
Fax.: (0 30) 2 27 - 7 60 84

www.cdu-landesgruppe-s-a.de
post@cdu-landesgruppe-s-a.de

(MA=Mitarbeiter)

Der Zukunft eine Zukunft

- Ulrich Petzold MdB

In vielen Sonntagsreden wird die Zukunft unserer Welt in den unterschiedlichsten Schattierungen beschworen. Oftmals leider mentalitätsbedingt im Zeichen des Klimakollapses als düster und bedrohlich. Viele Menschen fühlen sich verunsichert vor diesen medialen Prognosen.

Natürlich – Zukunft birgt immer etwas Unsicheres und wir wirken alle daran mit. Unser tägliches Verhalten, vom Energieverbrauch bis hin zu unserem Einkaufsverhalten, bestimmen, wie es unser und das Leben unserer Kinder und Enkel morgen aussehen wird. Viele Ressourcen sind endlich und können nur einmal verbraucht werden. Unsere Bodenschätze, die Natur, aber auch unser volkswirtschaftliches Vermögen hat Grenzen. Jede kluge Hausfrau weiß, man darf nicht über die Verhältnisse leben. Die DDR hatte das versucht, indem sie Sozialleistungen gewährte, die sie nicht erwirtschaftete, indem sie die Natur ausbeutete und zerstörte, wofür heute noch Bitterfeld als trauriges Beispiel immer wieder genannt wird.

Wenn der Bundestag in den nächsten Monaten über die Zukunft unseres Rentensystems, den Bundeshaushalt oder unsere zukünftige Energieversorgung debattiert, stehen damit Themen auf der Tagesordnung, die unser aller Zukunft langfristig bestimmen wird.

Die größte Weltwirtschaftskrise seit dem Bestehen der Bundesrepublik, ist durch die Regierungen unter Angela Merkel besser gemeistert worden, als in vielen anderen Ländern. Dazu war eine entschlossene und kluge Finanzpolitik erforderlich, die allerdings höhere Staatsschulden zur Folge hatte. Der wiedereinsetzende Wirtschaftsaufschwung mit den Konjunkturlokomotiven China und Deutschland, verhilft jedoch wieder zu höheren und dient damit dem. Diese positive Entwicklung

verleitet aber schon wieder so Manchen, Wunschversprechungen abzugeben, was man alles Schöne aus diesen Mehreinnahmen finanzieren könnte. Doch zunächst müssen erst einmal die Schulden getilgt werden, bevor es ans Verteilen geht. Alles andere ist unverantwortlich!

Wir wollen, dass das Leben unserer Kinder nicht von unseren Schulden erdrückt wird. Sie sollen ihre Zukunft selbstbestimmt gestalten können.

Bei den Renten verhält es sich ähnlich. Wir haben eine Entwicklung angestoßen, mit der in den nächsten 20 Jahren das Renteneintrittsalter moderat um 2 Jahre auf 67 angehoben wird. Die Lebenserwartung wird in diesem Zeitraum um 3 Jahre steigen. Dies haben die Sozialdemokraten in der großen Koalition noch genauso gesehen. Jetzt in der Opposition verabschieden sie sich aus populistischen Gründen von dieser Erkenntnis und verspielen Zukunft und Glaubwürdigkeit.

Noch vor wenigen Jahren sprachen alle von einer Lehrstellenknappheit. Als wir damals vor einer Umkehr der Verhältnisse warnten, lachten viele und hantierten mit sozialistischen Parolen. Heute gibt es eine Lehrlingsknappheit und viele Ausbildungsstellen bleiben offen. Schon heute wissen wir, dass die Knappheit bei Auszubildenden bald zu einer Knappheit an qualifizierten Arbeitskräften gerade in technischen Berufen wird. Damit steht die Zukunfts- und Entwicklungsfähigkeit unseres Landes und unser wirtschaftlicher und technologischer Vorsprung auf dem Spiel. Schon heute gehen 200.000 mehr Arbeitnehmer in den Ruhestand als junge Leute auf den deutschen Arbeitsmarkt kommen. Statistische Spielereien sind Augenwischerei, der Mangel ist einfach Fakt. Statt heute über die Rente mit 67 zu lamentieren, die erst 2029 Realität wird, sollten wir über altergerechtes Arbeiten sprechen, dieses

Feld entwickeln und damit den älteren Arbeitnehmern eine Zukunft geben.

Kohleverstromung und Kernkraftwerke sollen und können nur Brückentechnologien in einer Zukunft der erneuerbaren Energien sein. Egal, ob man durch Menschen verursachte CO²-Emissionen oder den Klimawandel existentiell bedrohlich für die Menschheit hält, die Vorräte an Kohle und Uran sind begrenzt. Erneuerbare Energien stehen uns mit Wind, Sonne und Biomasse dauerhaft zur Verfügung. Teilweise sind die Technologien alt bekannt und wurden schon von unseren Vorfahren genutzt. Schon heute ist unser Bundesland Sachsen-Anhalt in der Lage, bei gutem Wind mehr Strom zu erzeugen, als es selbst verbraucht. Doch was passiert, wenn der Wind nicht weht und die Sonne nicht scheint. Mit den vorhandenen Wasserkraftwerken und der Stromerzeugung aus Biomasse lässt sich nur ein Bruchteil des benötigten Stromes erzeugen. Energieüberangebot einerseits und Mangel durch unterschiedlichen Abrufzeiten andererseits, erfordern eine verlässliche Energiespeicherung. Doch gerade hier tut sich eine Lücke auf. Wir sprechen nicht umsonst von Brückentechnologien. Dieser Ausstieg aus der Kernenergie kann nur durch eine effektive und kostengünstige Energiespeicherung der Erneuerbaren gelingen. So lange uns diese nicht zur Verfügung steht, ist es unverantwortlich, aus Kohle und Kernenergie einfach auszusteigen. Ohne gesicherte Stromerzeugung keine wirtschaftliche Entwicklung.

Klar, Zukunft ist unsicher. Doch wir können durch Ehrlichkeit im Rentensystem, Berechenbarkeit im Haushalt und saubere Fundamente in der Energieversorgung die Grundlagen und damit die Zukunft für die Menschen berechenbarer machen. Dafür steht unsere Fraktion und unsere Landesgruppe in dieser Legislaturperiode. Eine gute Basis für die Zukunft unseres Landes.

Die Nutzung der Kernenergie ist ein emotional hoch belastetes Thema.

Einigung beim Agrardiesel – Steuerermäßigung wird entfristet und Selbstbehalt entfällt - Dieter Stier MdB

Die Regierungskoalition hält Wort beim Agrardiesel. Wie im Koalitionsvertrag festgelegt, wurde die bisher befristete Kappung der Unter- und Obergrenze von 350 Euro bzw. 10.000 Liter im Jahr entfristet. Damit liegen die Steuern auf in der Land- und Forstwirtschaft verbrauchten Diesel für alle Betriebe bei 25,56 Cent je Liter.

Im Zusammenhang mit den Plänen der Bundesregierung zur Haushaltskonsolidierung war zunächst die Entfristung beim Agrardiesel in Frage gestellt worden. Auch der Selbstbehalt von 350 Euro bei kleinen Betrieben stand auf dem Prüfstand. Die Agrarpolitiker der CDU/CSU-Bundestagsfraktion bestanden jedoch mit Nachdruck auf der Kostenentlastung der Landwirte – letztendlich mit Erfolg, denn diese Einigung entlastet die deutschen Landwirte jährlich um 160 Mio. Euro.

Für diese Steuervergünstigung stellt das Bundesfinanzministerium insgesamt über 200 Mio. € zur Verfügung während das Berliner Agrarressort 70 Mio. € durch Umschichtung bereitstellt: 20 Mio. Mittelkürzungen für die Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung des Küstenschutzes und der Agrarstruktur“ – diese GA-Mittel sind im Übrigen in den vergangenen

Jahren sowie so nie vollständig abgerufen worden.

Die restlichen 50 Mio. Euro sollen durch globale Minderausgaben im Haushaltsvollzug verteilt auf verschiedene Haushaltstitel des BM ELV erbracht werden. Jedoch sollen Ausgaben für Forschung, Innovation und für die Agrarsozialpolitik geschont werden. Erfreulich ist der Beschluss, dass dieser durchgängige Steuersatz ohne Selbstbehalt und Obergrenze solange gelten soll, bis eine EU-weite Harmonisierung der Steuersätze vereinbart wurde.

Der Präsident des Deutschen Bauernverbandes, Gerd Sonnleitner begrüßte ausdrücklich die erfolgreichen Bemühungen der Agrarpolitiker der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, die Entfristung der Agrardieselbesteuerung durchgesetzt zu haben. Steuererhöhungen beim Agrardiesel seien Gift für die konjunkturelle Erholung der Landwirtschaft, so Sonn-



Dieter Stier und Gerhard Sonnleitner, Präsident des Deutschen Bauernverbandes

leitner. Im Gespräch mit Dieter Stier prangerte Gerd Sonnleitner auch die gravierenden Wettbewerbsverzerrung deutscher Landwirtschaftsbetriebe im Vergleich zu den europäischen Nachbarn an. Deutsche Bauern zahlen immer noch die höchste Agrardieselsteuer in der EU.

Deshalb ist eine Harmonisierung der Steuersätze auf EU-Ebene die zentrale Forderung des Deutschen Bauernverbandes an die Politik. In den meisten anderen EU-Ländern beträgt die Steuer auf Agrardiesel weniger als 10 Cent je Liter, in Frankreich zum Beispiel nur 1 Cent je Liter. Nach Angaben des Bauernverbandes wird ein Betrieb mit einer Größe von 15 Hektar pro Jahr wegen der Energiesteuern gegenüber einem Konkurrenten aus Dänemark mit 841 Euro und aus den Niederlanden mit 708 Euro mehr belastet. Bei einem 250 Hektar großen Betrieb betrage der Wettbewerbsnachteil gegenüber einem dänischen Betrieb 1.047 Euro und einem niederländischen Betrieb 9.021 Euro.

Dieter Stier: „Unser langfristiges Ziel ist die Angleichung der Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Land- und Forstwirtschaft in Europa. Mit der Agrardiesellentfristung ist ein wichtiger Schritt in Richtung Kostenentlastung unserer Betriebe und Stärkung der Betriebe im europäischen Wettbewerb getan worden“.



Dieter Stier, Dr. Reiner Haseloff, Heike Brehmer und der Vorsitzende der CSU Landesgruppe im Deutschen Bundestag, Dr. Karl Friedrich

Kernenergie eine Brückentechnologie

- Ulrich Petzold MdB

Befürworter und Gegner stehen sich fast unversöhnlich gegenüber. Schlagworte und Ängste bestimmen die Diskussion. So ist auch die Frage der Einbindung der Kernenergie in ein zukunftsfähiges Energiekonzept ein Streitthema, zu dem wir in den nächsten Monaten einen tragfähigen Konsens herausbilden müssen.

Ohne klare Gründe, hatte die rot-grüne Bundesregierung in ihrem „Atomkonsens“ Restlaufzeiten für Kernkraftwerke festgelegt. Dabei fiel auf, dass die GRÜNEN als Regierungspartei ein Weiterlaufen von Kernkraftwerken akzeptierten, deren Gefährlichkeit und Unverantwortlichkeit sie andererseits geradezu beschworen hatten. Einmal in Verantwortung, mussten sie erkennen, dass ein sofortiges Abschalten der Kernkraft technisch nicht so einfach war, wie sie es jahrelang behauptet hatten. Die hochentwickelte deutsche Wirtschaft wäre besonders von dann drastisch steigenden Strompreisen betroffen. Nach Berechnungen seriöser Wirtschaftsforschungsinstitute sind in stromintensiven Bereichen direkt mehr als 600.000 Arbeitsplätze und indirekt weitere 1,5 Mio. Arbeitsplätze betroffen. Ein Abschalten der Anlagen mit hohem deutschem Sicherheitsstandard bedeutet aber Abwanderung in Länder, in denen mit weitaus geringerer Energieintensität und höheren Risiken für unsere Umwelt gearbeitet wird. Dies kann auch nicht im Sinne der Atomkraftgegner sein.

Doch selbstverständlich muss man auch Argumente, wie die radioaktive Gefährdung in dicht besiedelten Ballungsgebieten, die Bedrohung durch Terrorismus und eine unklare Endlagerung der Abfälle für mehr als 100.000 Jahre in jede Abwägung mit einbeziehen. Spätestens seit Tschernobyl steht die Öffentlichkeit der Kernenergie außerordentlich kritisch gegenüber. Viele Untersuchungen wurden gerade auch bei uns vorgenommen. Wenn dabei Ergebnisse, wie erhöhte Radioaktivität im

Umkreis einzelner Kernkraftwerke, oder eine gesteigerte Leukämierate bei Kindern festgestellt wurden, ist die öffentliche Besorgnis groß. Leider werden die Studien oft nicht vollständig zitiert oder gelesen. Ausstoß und Ablagerung von radioaktiven Partikeln sind im Umkreis von Kohlekraftwerken zwar auch hoch, dennoch liegen sie immer noch deutlich unter den strengen deutschen Grenzwerten. Gehäufte Leukämieerkrankungen bei Kindern lassen sich unerklärlicher Weise im Umkreis so gut wie aller Großinvestitionen nachweisen. Kraftwerke bilden hier keine Ausnahme, sondern bestätigen nur die Regel. Auch die Untersuchungsergebnisse der Internationalen Atomenergiekommission und der Weltgesundheitsorganisation (WHO) zu Tschernobyl passen nicht jedem in sein Weltbild.

Die für Mensch und Natur sichere Ablagerung radioaktiver Abfälle auf eine für uns unvorstellbare Zeit, ist natürlich Grundvoraussetzung der Nutzung. Radioaktive Abfälle, die seit dem nur zwischengelagert sind, entstehen aber nicht nur in Kernkraftwerken, sondern seit Jahrzehnten auch in der Medizin, der Forschung und Technik. Erst die jetzige Bundesregierung hat das Endlager für schwach- und mittlerradioaktive Abfälle frei gegeben, nachdem es vorher über Jahre blockiert wurde. Auch beim Endlager für hochradioaktive Abfälle in Gorleben haben die beiden vorhergehenden Umweltminister Trittin und Gabriel der GRÜNEN und der SPD durch Untätigkeit geblüht und die erforderlichen Voruntersuchungen für mehr als 10 Jahre ruhen lassen. Dies nenne ich verantwortungslos. In diesem Zusammenhang muss man auch fragen: wenn die terroristische Bedrohung so groß ist, wie von interessierter Seite dargestellt, warum wurde nicht alles getan, um sichere Endlager so schnell als möglich fertig zu

stellen? Nach den Berechnungen der Kernkraftgegner sind die nutzbaren Uranlagerstätten in wenigen Jahren erschöpft, so dass allein aus diesem Grund eine weitere Nutzung der Kernenergie nicht sinnvoll ist. Es ist dann aber auch fraglich, warum Deutschland aus der Wiederaufarbeitung aussteigt und Brennstäbe, von denen nur wenige Prozent des nutzbaren Urans verbraucht sind, als Abfall endlagert. Wie steht es mit der Vereinbarkeit zwischen Kernenergie und den Erneuerbaren Energien? Kernkraftwerke bieten



Bundeskanzlerin Dr. Angela Merkel und Wirtschaftsminister Dr. Reiner Haseloff

den Vorteil, dass sie mit 5-10% ihrer Leistung innerhalb einer Minute besser regulierbar sind, als alle anderen Grundlastkraftwerke. Damit können sie die Schwankungen bei der Einspeisung der erneuerbaren Energien besser folgen. Denn Fakt ist, dass wir bei den Erneuerbaren noch ein ungeöstes Speicher- und Transportproblem haben, d.h. sie werden an Orten und zu Zeiten produziert, wo sie nicht oder nur teilweise gebraucht werden. In einem Industrieland wie Deutschland, muß die Energieversorgung aber verlässlich und konstant abrufbar sein.

Nur an den wenigen Beispielen lässt sich die Diskussion erahnen, die in den nächsten Wochen vor uns steht. Sachlichkeit und Verantwortung ist gefragt. Wer jetzt mit den Ängsten der Menschen spielt, hat zwar für den Augenblick die Nase vorn, aber er kann die Grundlagen für eine solide wirtschaftliche Zukunft kommender Generationen verspielen. Wir werden uns als Union einer sachlichen Diskussion stellen.

Differenzierte Integrationspolitik

- Parlamentarischer Staatssekretär Dr. Christoph Bergner MdB

Im Regierungsprogramm der CDU Sachsen-Anhalt 2011 – 2016 bekennen wir uns zur Weltoffenheit unseres Bundeslandes. In der Tat wird viel davon abhängen, wie gut es uns gelingt, Menschen aus anderen Ländern und Kulturkreisen so in unsere Gesellschaft einzubinden, dass sie aktiv an der Förderung des Gemeinwohls mitwirken können und der gesellschaftliche Zusammenhalt gestärkt wird.

Die gegenwärtige Debatte um das Buch des früheren Berliner SPD-Finanzsenators Thilo Sarrazin verdeutlicht das Spannungsfeld, in dem Fragen der Integrationspolitik gegenwärtig stehen. Dabei haben die ostdeutschen Flächenländer, also auch Sachsen-Anhalt, verglichen mit westdeutschen Ballungsräumen eine ausgesprochen geringe Zuwandererquote. Die größte Gruppe an Zuwanderern, die in den letzten zwanzig Jahren in unser Bundesland gekommen sind, waren Deutsche. Russlanddeutsche, d.h. Deutsche aus den Nachfolgestaaten der früheren Sowjetunion, die als Aussiedler einreisten. 73.000 wurden in Sachsen-Anhalt aufgenommen, bundesweit sind es 2,3 Mio. Menschen. Wir haben gegenüber diesen Menschen eine besondere Verpflichtung, denn ihre Familien haben wegen ihrer deutschen Volkzugehörigkeit jahrzehntelang Unterdrückung und Entrechtung ertragen müssen. Sie mussten unschuldig für Hitlers Überfall auf die Sowjetunion büßen. Im Zuge der erlittenen Repressionen wurde ihnen meist auch die Bindung an die deutsche Muttersprache geraubt, denn die deutschen Schulen waren aufgelöst, deutsche Lehrer wie Pastoren liquidiert worden.

Seit 2006 habe ich als Beauftragter der Bundesregierung für Aussiedlerfragen und nationale Minderhei-

ten eine besondere Verantwortung für die Betreuung und Integration der Russlanddeutschen wie auch der Deutschen, die aus anderen osteuropäischen Staaten, vor allem aus Rumänien und Polen, als Aussiedler zu uns kamen. Meine besondere Aufmerksamkeit gilt aber auch den Deutschen, die als deutsche Minderheit in den Herkunftsgebieten der Aussiedler geblieben sind. Dort unterstützt die Bundesrepublik Deutschland seit 1990 Projekte zur Förderung der sozialen, wirtschaftlichen und kulturellen Entwicklung der deutschen Minderheit. Heute ist die Hilfenpolitik vor allem auf die Förderung der kulturellen und sprachlichen Identität ausgerichtet. Die Russlanddeutschen, die nach Deutschland ge-



kommen sind und diejenigen, die als deutsche Minderheit in den Herkunftsgebieten leben, sind durch ihre gemeinsame Identität miteinander verbunden. Dadurch ist es in den letzten Jahren verstärkt gelungen, Brücken zwischen den Ländern zu bauen und Partnerschaften zu schließen. Aussiedler und deutsche Minderheiten sind zu kulturellen Bindegliedern zwischen Deutschland und den Staaten in Osteuropa geworden. Während in den offiziellen Erklärungen des für Integration zuständigen Magdeburger Sozialministeriums die Aussiedler als große Zuwanderergruppe kaum Beachtung finden, gibt es im Lande vor Ort erfreuliche Initiativen. Das Integrationsnetzwerk im Altkreis Bitterfeld hat unter dem Motto „Deutsche helfen Deutschen in Kasachstan“ Partnerschaften zwischen den Aussied-

lern ihres Kreises und der deutschen Minderheit Kasachstans aufgebaut. In Wittenberg und Halle bestehen Ortsverbände der Landsmannschaft der Deutschen aus Russland. Auch an anderen Orten entwickeln sich Aktivitäten. Bei der Integration von Zuwanderern gibt es Maßnahmen, die sich an alle richten, die als Fremde zu uns gekommen sind. Zu nennen sind vor allem die Integrationskurse, die sich an Menschen unterschiedlicher Herkunft richten. In diesen Kursen sitzen Vietnamesen, türkische Zuwanderer und Russlanddeutsche in einer gemeinsamen Klasse. Das ist richtig, denn diese Vielfalt zwingt dazu, deutsch zu kommunizieren. Wenn es aber darum geht, Verbindungen zur deutschen Kultur aufzubauen, so muss man differenzieren. Die Aussiedler sind Deutsche, ihre Familien gehören in der Regel christlichen Kirchen an, lutherischen, katholischen oder Freikirchen, und haben daher eine andere kulturelle Prägung als die muslimischen Zuwanderer.

Wenn wir den Menschen, die zu uns gekommen sind, gerecht werden wollen, um so zu erfolgreicher Integration beizutragen, müssen wir diese unterschiedliche Prägung berücksichtigen. Der vielfach gebrauchte Begriff der „Menschen mit Migrationshintergrund“ wird oft zur unzutreffenden Verallgemeinerung, wenn es um den kulturellen Aspekt der Integration geht. Erfolgreiche Integration braucht die Fähigkeit zur Differenzierung, denn ein interkultureller Dialog kann sinnvoll nur geführt werden, wenn man die Herkunftskulturen spezifisch ansprechen kann. So hat das Bundesinnenministerium im Jahre 2006 die „Deutsche Islamkonferenz“ ins Leben gerufen, die sich gezielt an Vertreter muslimischer Zuwanderer richtet. Moderne Integrationspolitik muss differenzieren. Sie darf auftretende Probleme auch nicht allen Zuwanderern gleichermaßen anlasten, sondern muss in der Lage sein, spezifische Ursachen zu erkennen und entsprechende individuelle Lösungen zu finden.

Neu-Organisation der Jobcenter

- Heike Brehmer MdB

Der Bundestag hat mit der Neuorganisation der Jobcenter ein Gesetz über die gemeinsame Aufgabenwahrnehmung der örtlichen Agenturen für Arbeit und der jeweils zuständigen kommunalen Träger im Bereich der Grundsicherung für Arbeitsuchende auf den Weg gebracht. In dieser Form der Leistungserbringung durch die Arbeitsgemeinschaften hatte das Bundesverfassungsgericht im Dezember 2007 eine unzulässige Form der Mischverwaltung gesehen und dem Gesetzgeber aufgegeben, bis zum 31. Dezember

kreise ausgeweitet. Damit schaffen wir eine dauerhafte Rechtsgrundlage, dass sich Kommunen auch eigenständig um Langzeitarbeitslose kümmern können.

Die Optionskommunen stehen mit den neu abzuschließenden Zielvereinbarungen vor einer besonderen Herausforderung. Ein wichtiges Signal war deshalb die Erklärung der betroffenen 69 Landräte und Oberbürgermeister, sich dazu auch zu bekennen. Diese Reform ist ein wichtiger Schritt für die Neuorganisation im SGB II. In der großen Koalition ist es nicht gelungen, diese Reform zu verabschieden. Die christlich liberale Koalition hat gemeinsam mit der SPD als Grundlage eine Verfassungsänderung für die gemeinsame Aufgaben-

ter Aufgabenwahrnehmung für die Betreuung und Vermittlung der Langzeitarbeitslosen zu nutzen. Die bestehenden Optionskommunen sollen diese Aufgabe unbefristet wahrnehmen können.“

Beschäftigungschancengesetz

Beschäftigung sichern, Arbeitsplätze fördern, gestärkt aus der Krise hervorgehen - diese drei Ziele haben wir mit dem „Gesetz für bessere Beschäftigungschancen am Arbeitsmarkt“ beschlossen. Das Beschäftigungschancengesetz setzt damit konsequent die überaus erfolgreiche Politik der Union in der Arbeits- und Sozialpolitik bei der Überwindung der Wirtschaftskrise fort.

Wir stehen jetzt vor zwei großen Herausforderungen: Es geht nicht nur um die Beschäftigungssicherung in der Krise; wir müssen vor allem auch einen Blick auf den Arbeitsmarkt haben, wie er in der Zukunft aussehen wird. Der Arbeitsmarkt der Zukunft wird vor allen Dingen durch zwei Phänomene, durch zwei Fragen geprägt werden: Welche Fachkräfte brauchen wir für die Jobs der Zukunft, und vor allem, woher sollen sie kommen?

Mit dem Beschäftigungschancengesetz haben wir folgende Maßnahmen beschlossen:

Kurzarbeit: Das „Beschäftigungschancengesetz“ verlängert die Kurzarbeit bis Ende März 2012. Die Arbeitgeber werden von den Sozialbeiträgen zur Hälfte befreit, ab dem siebten Monat gänzlich. Wenn das Kurzarbeitergeld bis Ende 2010 beantragt wird, zahlt die Bundesagentur für Arbeit (BA) längstens 18 Monate, also bis Ende Juni 2012. Ab 2011 gilt für neue Anträge nur eine Laufzeit von sechs Monaten. Derzeit gibt es gut 800 000 Kurzarbeiter. Im Mai 2009 waren es über 1,5 Millionen. Für 2011 rechnet die Regierung im Schnitt mit 260 000 konjunktur-



Das Regionalprojekt in Halberstadt wird unter anderem durch Geschäftsführer Detlef Rutzen und Christiane Müller vom Aus- und Weiterbildungszentrum Halberstadt, der Projektkoordinatorin der Perspektive 50plus Altmark/Harz Kristina Wassersleben und den Regionalberater der Gesellschaft für soziale Unternehmensberatung mbH Holger Möller vertreten.

2010 einen verfassungskonformen Zustand herzustellen.

Mit dem Beschluss des Bundestages wollen wir das bewährte Prinzip der „Hilfe aus einer Hand“ in eine verfassungsgemäße Form überführen.

Die Organisation der Grundsicherung für Arbeitsuchende (SGB II) wird weiterentwickelt. Die gemeinsame Aufgabenwahrnehmung von Agenturen für Arbeit und Kommunen in Jobcentern soll fortgesetzt und Grundlagen für die Verbesserung der Qualität der Leistungserbringung geschaffen werden. Die CDU/CSU hat gemeinsam mit FDP und SPD den Fortbestand der gemeinsamen Aufgabenwahrnehmung von Agenturen für Arbeit und Kommunen gesichert. Gleichzeitig werden die Optionsmodelle zeitlich entfristet und von ursprünglich 69 auf 110 kreisfreie Städte und Land-

wahrnehmung von Agenturen und Kommunen beschlossen. Jetzt müssen alle Beteiligten im Sinne einer optimalen Arbeitsvermittlung vor Ort an einem Strang ziehen damit ab 01.01.2011 das Gesetz vor Ort erfolgreich umgesetzt werden kann.

Die Arbeitsgruppe Arbeit und Soziales der CDU/CSU Bundestagsfraktion hat mit der Jobcenterreform einen wesentlichen Punkt der Sozialpolitik aus dem Koalitionsvertrag umsetzen können.

Zitat aus dem Koalitionsvertrag;

„Die Koalition will die Aufgabenwahrnehmung und Finanzierung für Langzeitarbeitslose im Sinne der Menschen neu ordnen. [...] Dabei gilt es, die Kompetenz und Erfahrung der Länder und der Kommunen vor Ort sowie der Bundesagentur für Arbeit in getrenn-

bedingten Kurzarbeitern. Ferienjobs: Schüler aus Hartz-IV-Familien sollen das Geld, das sie mit Ferienjobs verdienen, bis zu 1200 Euro komplett behalten dürfen. Der monatliche Freibetrag von 100 Euro für regelmäßige Schülerjobs gilt weiter. Damit wird den Schülern gezeigt, dass sich eigene Leistung lohnt und sie sich den Führerschein oder ein neues Handy selbst erarbeiten können. Alleinerziehende: 900 Millionen Euro werden zur Verfügung gestellt um in den Jobcentern Alleinerziehenden, Jugendlichen und älteren Arbeitslosen bessere Angebote machen zu können. In jedem Jobcenter soll künftig eine Beauftragte für Chancengleichheit arbeiten. Sie soll helfen, Mütter in Jobs zu vermitteln, indem sie mit anderen Behörden nach Lösungen für die Kinderbetreuung sucht.

Ausbildungsangebot:

Jugendlichen unter 25 Jahren sollen binnen sechs Wochen ein Angebot für eine Ausbildung, Arbeit, Qualifizierung oder schulische Weiterbildung erhalten. Wir haben die Krise noch lange nicht überwunden. Wir befinden uns aber in einer Phase, in der wir langsam, aber sicher sehen, wie wir Schritt für Schritt aus der Krise herauskommen. Wir befinden uns in einer Zeit, in der wir die Weichen neu stellen müssen.

Auch wenn viele Folgen der Wirtschafts- und Finanzkrise durch unser energisches Gegensteuern abgemildert werden konnten, befindet sich Deutschland immer noch in der schwersten Wirtschaftskrise seit der Gründung unserer Bundesrepublik vor über 60 Jahren. Trotz pessimistischer Wirtschafts- und Arbeitsmarktprognosen der Wirtschaftsweisen konnte die CDU/

CSU geführte Bundesregierung im August dieses Jahres die niedrigsten Arbeitslosenzahlen seit 1992 vorstellen. In Sachsen-Anhalt ist ein Rückgang um 9,6 % im Vergleich des Vorjahreszeitraumes zu verzeichnen. Diese erfolgreiche Politik soll auch weiterhin mit engagierten und weitsichtigen Entscheidungen der christlich-liberalen Koalition auf Bundesebene fortgeführt werden.



BÜRGERARBEIT

»Wir finanzieren Arbeit statt Arbeitslosigkeit!«

„Mit der Bürgerarbeit finanzieren wir Arbeit statt Arbeitslosigkeit.“

Wir konnten in den Modell-Gemeinden die Arbeitslosigkeit dauerhaft um mehr als 50 Prozent senken. 20 bis 25 Prozent aller Arbeitslosen haben sich binnen weniger Wochen in reguläre Beschäftigungen abgemeldet. Etwa zehn Prozent der ehemals Chancenlosen

sind zwischenzeitlich in den regulären Arbeitsmarkt eingemündet; weitere fünf bis zehn Prozent haben eine Qualifizierung aufgenommen. Bürgerarbeit ist also keine Endstation, sondern ein Weg aus Resignation und sozialer Ausgrenzung, denn Motivation und Selbstwertgefühl der Bürgerarbeiter sind erheblich gestiegen.“

EIN EXPORTSCHLAGER AUS SACHSEN-ANHALT

Das Modell der Bürgerarbeit wurde bundesweit eingeführt

Das Modell der Bürgerarbeit ist in Sachsen-Anhalt von unserem Minister für Wirtschaft und Arbeit Dr. Reiner Haseloff gemeinsam mit der Regionaldirektion der Bundesagentur SAT entwickelt und erprobt worden..

Im Koalitionsvertrag haben wir die Einführung der Bürgerarbeit verankert:

„Mit der Aufnahme der Bürgerarbeit in den Koalitionsvertrag der Bundesregierung ist erstmals die Voraussetzung dafür geschaffen worden, dieses in Sachsen-Anhalt entwickelte und erfolgreich vor drei Jahren an mehreren Orten gestartete Projekt in geeigneten Regionen ganz Deutschlands erproben zu können.“

Das Bundesministerium für Arbeit und Soziales startete am 15. Juli 2010 mit dem Modellprojekt der Bürgerarbeit.

Mit 197 Jobcentern aus allen 16 Bundesländern wird sich fast die Hälfte aller Grundversicherungsstellen bundesweit an dem Modellprojekt für eine bessere Integration von Langzeitarbeitslosen in den ersten Arbeitsmarkt beteiligen.

An der mindestens sechsmonatigen Aktivierungsphase sollen 160.000 erwerbsfähige Hilfebedürftige teilnehmen, für die Beschäftigungsphase ab dem 15. Januar 2011 stehen 34.000 Bürgerarbeitsplätze zur Verfügung.

Das Bundesprogramm Bürgerarbeit, für dessen dreijährige Laufzeit insgesamt rund 1,3 Milliarden Euro aus dem Bundesetat (230.000 Euro pro Jahr) und Mitteln des Europäischen Sozialfonds (200.000 Euro pro Jahr) zur Verfügung stehen, setzt auf Erfahrungen eines Pilotprojektes in Bad

Schmiedeberg.

Die Arbeitsgruppe für Arbeit und Soziales der CDU/CSU Bundestagsfraktion hat sich für die Einführung des Modellprojektes eingesetzt und ich habe im Deutschen Bundestag die Einführung des Modellprojektes im Plenum angekündigt und auf die Entwicklung des Modells durch unseren Minister und Spitzenkandidaten Dr. Reiner Haseloff und die Erfahrungen in Sachsen-Anhalt hingewiesen.